

**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 02.11.2010

**Chance auf tragfähigen Schulkonsens nutzen! Landesregierung muss nachbessern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Die von der Landesregierung beim Bildungsgipfel vorgestellte neue künftige Schulstruktur reicht nicht aus, um einen Schulkonsens mit den wichtigsten Verbänden in Niedersachsen herzustellen. Sie muss nachgebessert werden, damit sie wirklich tragfähig ist, dem Elternwillen gerecht wird und Planungssicherheit für die Kommunen gewährleistet.

- I. Mit der neuen Schulstruktur wird eine massive Ungleichbehandlung der verschiedenen Schulformen, insbesondere eine Benachteiligung der Integrierten Gesamtschulen gegenüber der neuen Schulform Oberschule, festgeschrieben, die pädagogisch nicht zu rechtfertigen ist.
  - Während die Oberschule ersetzende Schulform wird, soll die Integrierte Gesamtschule weiter lediglich ergänzende Schulform sein.
  - Während die Oberschule bereits zweizügig bzw. mit Gymnasialzweig dreizügig eingerichtet werden kann, muss die Integrierte Gesamtschulen weiter mindestens fünfzügig sein, nur in Ausnahmefällen vierzügig. Damit wird der ländliche Raum bei der Einrichtung einer IGS extrem benachteiligt.
  - Während die Klassenobergrenze in der Oberschule mit 28 vorgesehen ist, muss die ebenfalls mit einer sehr heterogenen Schülerschaft arbeitende IGS weiter 30 Schülerinnen und Schüler pro Klasse unterrichten.
  - Während die Oberschule mit sozialpädagogischer Unterstützung versorgt wird, wird diese der Integrierten Gesamtschule verweigert.
  - Während die Oberschule Ganztagsmittel für den teilweise gebundenen Ganztagsbetrieb erhalten soll, werden den neu gegründeten Integrierten Gesamtschulen die Mittel für den gebundenen Ganztagsbetrieb verweigert.
- II. Die neue Schulstruktur ist keine Lösung für die Probleme des Turbo-Abiturs.

Anstatt im Modell der Oberschule den nachhaltigen Weg zum Abitur nach 13 Jahren vorzusehen und damit zu einer höheren Zahl erfolgreicher Abiturientinnen und Abiturienten beizutragen, sollen mit dem G 8 an den Oberschulen die Fehler des Turbo-Abiturs der Gymnasien wiederholt werden, nachdem sie auch bereits den Integrierten Gesamtschulen aufgezwungen wurden.

Auch für die Gymnasien sind keine flexiblen Wege zum Abitur vorgesehen.
- III. Die neue Schulstruktur nimmt die Gymnasien von der Reform aus.

Eine umfassende Schulstrukturereform darf den Reformbedarf der Gymnasien nicht außer Acht lassen. Den Gymnasien darf die nötige Reform nicht vorenthalten werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

Die Landesregierung bessert ihr Konzept zur Weiterentwicklung der Schulstruktur nach, damit ein tragfähiger Schulkonsens mit Eltern- und Schülervertretungen, kommunalen Schulträgern und Bildungsverbänden möglich wird.

Der Schulkonsens hat das Ziel, den Anforderungen des demografischen Wandels mit einer qualitativ hochwertigen wohnortnahen Schullandschaft, der Verbesserung von Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit und dem Elternwillen zu entsprechen.

Für einen breit getragenen Konsens sind folgende Punkte umzusetzen:

1. Integrierte Gesamtschule:
  - Die Schikanen für die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen werden aufgehoben. Für die Neugründung einer Integrierten Gesamtschule sind - ebenso wie für eine Oberschule mit Gymnasialzweig - in der Regel mindestens drei Züge erforderlich. Die Neugründung einer Integrierten Gesamtschule ist - ebenso wie bei anderen Schulformen - lediglich abhängig vom Bedarf, nicht aber vom Bestandsschutz für andere Schulformen.
  - Ebenso wie die Oberschulen können neu gegründete Gesamtschulen verbindliche Ganztagschulen werden. Sie erhalten Stellen für Sozialpädagogen. Die Klassenobergrenzen werden entsprechend abgesenkt.
  - An den Integrierten Gesamtschulen wird das Abitur in der Regel nach 13 Schuljahren erworben.
2. Oberschule:
  - Die Oberschulen erhalten weitgehende Entscheidungsspielräume zu ihrem pädagogischen Konzept. Sie entscheiden eigenverantwortlich über schulzweigübergreifenden und jahrgangsübergreifenden gemeinsamen Unterricht, über die Form der Leistungsrückmeldung und über Versetzungsregelungen.
  - Alle Oberschulen ermöglichen einen Weg zum Abitur. Sie erhalten - gegebenenfalls gemeinsam mit weiteren Schulen - eine gymnasiale Oberstufe. An den Oberschulen wird ein Abitur in der Regel nach 13 Jahren erworben.
3. Gymnasium:
  - Die Gymnasien übernehmen mit Konzepten zur individuellen Förderung die Verantwortung für den Lernerfolg ihrer Schülerinnen und Schüler.
  - Auch die Gymnasien übernehmen die Verantwortung für die Berufsorientierung ihrer Schülerinnen und Schüler.
  - Auch die Gymnasien ermöglichen durch flexible Lernzeiten ein Abitur nach 13 Jahren.

#### Begründung

Die großen Herausforderungen des demografischen Wandels mit der Frage der Sicherung eines qualitativ hochwertigen wohnortnahen Schulangebots, der von Eltern in ganz Niedersachsen deutlich geäußerte Wunsch nach mehr Integrierten Gesamtschulen, die ungelösten Schwierigkeiten des Turbo-Abiturs, die noch immer zu hohen Quoten von Schulabgängern ohne Abschluss - all dies sind Probleme, die einen von Eltern und Schülerinnen und Schülern, den wichtigsten Bildungsverbänden, den kommunalen Schulträgern und den Landtagsfraktionen breit getragenen Konsens in Niedersachsen erfordern.

Die Landesregierung hat mit ihrem Konzept auf dem Bildungsgipfel im Oktober 2010 einen ersten Ansatz vorgestellt, um diesen Herausforderungen mit einem neuen Strukturkonzept zu begegnen. Das Konzept ist in der gegenwärtig vorgestellten Fassung jedoch vor allem darauf angelegt, durch die Einführung einer neuen Schulform, der Oberschule, die aber in den meisten Fällen nicht mehr als eine zusammengelegte Haupt- und Realschule sein wird, die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen zu verhindern. Gerade die eingeführte und erfolgreiche Schulform IGS wird von den Eltern in Niedersachsen immer stärker eingefordert. Deshalb ist das Konzept der Landesregierung so nicht geeignet, einen wirklich tragfähigen Schulkonsens herbeizuführen und muss verbessert werden.

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić  
Parlamentarische Geschäftsführerin